

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. April 1976	Nummer 30
---------------------	---	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2160	24. 3. 1976	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe – Verwaltungsverein des Deutschen Buch-Spar-Rings der Jugend e. V.	626
2370	24. 3. 1976	RdErl. d. Innenministers Bestimmungen über die Gewährung von Darlehen zur Förderung von Garagen.	626
2370	26. 3. 1976	RdErl. d. Innenministers Gewährung von Aufwendungsdarlehen im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes	626
26	23. 3. 1976	RdErl. d. Innenministers Richtlinien (zu § 49 AuslG) über die Einreise und den Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen im Geltungsbereich des Ausländergesetzes sowie der Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes tätig sind	627
302	26. 3. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Überleitung der Kassenaufgaben der Gerichte für Arbeitssachen des Landes Nordrhein-Westfalen von der Arbeitsverwaltung (Arbeitsämter) auf die Oberjustizkasse und die Gerichtskasse in Düsseldorf.	628
6302	29. 3. 1976	RdErl. d. Finanzministers Auszahlungsanordnungen über Zuwendungen	628
8300	18. 3. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Berücksichtigung von Übergangsgebühren nach § 11 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) bei der Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f BVG	630

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
26. 3. 1976	Bek. – Öffentliche Sammlungen	630
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
25. 3. 1976	Bek. – Liste der nach § 13 Abs. 1 der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ (VBG 121) ermächtigten Ärzte.	630
	Justizminister	
19. 3. 1976	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Oberlandesgerichts Hamm	635
	Stellenausschreibung für das Finanzgericht Düsseldorf	638
	Stellenausschreibung für das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen	638
	Personalveränderungen	
	Ministerpräsident.	635
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales.	635

I.

2160

**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe
- Verwaltungsverein des Deutschen
Buch-Spar-Rings der Jugend e. V. -**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 24. 3. 1976 - IV B 2 - 6112/LVR

Der Landschaftsverband Rheinland hat nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung vom 6. August 1970 (BGBl. I S. 1197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3150), i. V. m. § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt - AG JWG - in der Fassung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), - SGV. NW. 216 -, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt:

Verwaltungsverein des Deutschen
Buch-Spar-Rings der Jugend e. V., Sitz Köln
(am 2. 3. 1976)

- MBl. NW. 1976 S. 626.

2370

**Bestimmungen
über die Gewährung von Darlehen
zur Förderung von Garagen**

RdErl. d. Innenministers v. 24. 3. 1976 -
VI A 2 - 4.64 - 280/76

Der RdErl. v. 20. 2. 1973 (SMBl. NW. 2370) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 werden die Worte „vom Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ gestrichen.
2. In Nummer 2 wird der Halbsatz „zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1993)“ durch den Halbsatz „zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3656)“ ersetzt.
- 2 a) In Nummer 3.1 ist die Zahl „100“ durch die Zahl „50“ zu ersetzen.
- 2 b) In Nummer 3.53 ist hinter „45,- DM“ folgender Halbsatz einzufügen „- bei abgetrennten Stellplätzen nicht höher als 50,- DM -“
3. In Nummer 5 wird die Verweisung auf „Nummern 41 bis 44 WFB 1967“ in eine solche auf „Nummern 39a bis 39d WFB 1976“ geändert.
4. In den Nummern 6.1, 6.5, 6.6 und 7 wird jeweils die Zahl „1967“ durch die Zahl „1976“ ersetzt.
5. Die Nummer 6.2 erhält folgende neue Fassung:
„6.2 Bilden die Garagen eine besondere Wirtschaftseinheit, ist der Antrag unter Verwendung des anliegenden Musters nebst den darin aufgeführten Unterlagen bei der nach § 2 Abs. 1 Satz 1 WoBauFördNG bzw. bei der gemäß Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 1 Satz 2 WoBauFördNG für die Bewilligung der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau örtlich zuständigen Bewilligungsbehörde zu stellen“.
6. In Nummer 8 wird die Verweisung auf „Nummer 77 Abs. 2 letzter Satz WFB 1967“ in eine solche auf „Nummer 77 Abs. 5 WFB 1976“ geändert.
7. In Nummer 9 wird die Überschrift „Ausnahmegenehmigungen“ durch „Zustimmung zu Abweichungen“ ersetzt. Die Verweisung auf „Nummer 83 Satz 2 WFB 1967“ wird in eine solche auf „Nummer 83 Sätze 2 und 3 WFB 1976“ geändert.
8. Die Nummer 10 erhält folgende neue Fassung:
10 Inkrafttreten
Diese Bestimmungen treten mit Wirkung vom 1. April 1976 in Kraft.
9. In der Anlage 1 Nummern 1.13 und 5 sowie in der Anlage 2 Nummer 2 wird jeweils in der Klammer „MBl. NW. S. 527“ gestrichen.
10. In der Anlage 2 Nummer 4 wird die Zahl „1967“ durch die Zahl „1976“ ersetzt und in Nummer 5 Satz 4 hinter der Klammer folgender Halbsatz eingefügt:
„, zuletzt geändert durch Art. 74 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 409),“

- MBl. NW. 1976 S. 626.

2370

**Gewährung von Aufwendungsdarlehen
im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes**

RdErl. d. Innenministers v. 26. 3. 1976 -
VI A 3 - 4.043 - 394/76

Der RdErl. v. 12. 8. 1971 (SMBl. NW. 2370) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1.1 wird im vierten Absatz „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert.
2. Nr. 1.2 erhält folgende neue Fassung:
Übersteigen die Wohnungsfürsorgemittel den Betrag von 15000,- Deutsche Mark, dann darf die Laufzeit den Zeitraum von 15 Jahren nicht überschreiten. Die Länge der Laufzeit spielt keine Rolle, wenn die Höhe der Wohnungsfürsorgemittel den Betrag von 15000,- Deutsche Mark nicht übersteigt.
3. Die Verweisung zu Nummer 2 der „Richtlinien“ ändert sich wie folgt:
Zu Nummer 2 der „Richtlinien“
2.1 Zur Konkretisierung der in Nummer 2 der „Richtlinien“ enthaltenen Bundesweisungen sind die Mittel vorrangig zur Realisierung der Standortprogramme und größerer geschlossener städtebaulich bedeutsamer Vorhaben, für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 27. Juli 1971 (BGBl. I S. 1125), sowie für flankierende Wohnungsbaumaßnahmen im Zusammenhang mit wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Bundes und des Landes einzusetzen.
2.2 Bauvorhaben müssen zumindest im Bereich eines Siedlungsschwerpunktes gemäß § 6 des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm vom 19. 3. 1974 - GV. NW. S. 96/SGV. NW. 230 -) liegen.
4. In Nr. 3.2 wird „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert.
5. In Nr. 4 wird in Buchst. a) „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert. In Buchst. b) werden die Wörter „Kaufeigenheime (Kaufeigentumswohnungen)“ in „Vorratseigenheime (Vorratseigentumswohnungen)“ geändert.
6. In Nr. 7.1 wird „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert.
7. In Nr. 7.2 wird der erste Halbsatz wie folgt geändert:
„Die Bewilligungsbehörde im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bzw. Wohnungsfürsorgebehörde prüft,“
8. Nr. 8 erhält folgende neue Fassung:
Zu Nummer 15 der „Richtlinien“
Diese Richtlinien sind auf alle Bauvorhaben anzuwenden, für welche die Anträge nach dem 1. 3. 1976 bei den Bewilligungsbehörden im sozialen Wohnungsbau eingereicht werden.

- MBl. NW. 1976 S. 626.

**Richtlinien
(zu § 49 AuslG) über die Einreise und den
Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer
Missionen und konsularischer Vertretungen
im Geltungsbereich des Ausländergesetzes
sowie der Mitglieder internationaler
Organisationen und Institutionen,
die ständig im Geltungsbereich des
Ausländergesetzes tätig sind**

RdErl. d. Innenministers v. 23. 3. 1976 –
I C 3/43.18

I

Das Auswärtige Amt hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern die aufgrund der Nr. 4 zu § 49 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 7. Juli 1967 (GMBI. S. 231) erlassenen Richtlinien über die Einreise und den Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer Missionen, konsularischer Vertretungen und Handelsvertretungen im Bundesgebiet sowie der Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Bundesgebiet tätig sind, wie folgt neu gefaßt:

1. Gemäß § 49 Abs. 1 AuslG findet das Ausländergesetz insbesondere auf folgende Ausländer keine Anwendung:
 - a) den Missionschef und die Mitglieder des diplomatischen Personals der im Geltungsbereich des Ausländergesetzes errichteten diplomatischen Missionen sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder;
 - b) die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Missionen und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder, soweit sie nicht ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes ansässig sind;
 - c) die im Geltungsbereich des Ausländergesetzes tätigen Konsuln (die hauptberuflichen Konsularbeamten einschließlich des Leiters der konsularischen Vertretung);
 - d) die Mitglieder des nicht ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes ansässigen dienstlichen Hauspersonals der diplomatischen Missionen.
 - e) Ausländer, für die in zwischenstaatlichen Vereinbarungen die Anwendung des Ausländergesetzes ausgeschlossen ist, insbesondere die Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes tätig sind, im Rahmen der Gesetze und Rechtsverordnungen über die ihnen gewährten Vorrechte und Befreiungen.

Die in Ziffer 1. genannten Ausländer bedürfen zur Einreise und zum Aufenthalt keiner Aufenthaltserlaubnis. Sie bedürfen jedoch eines Sichtvermerks, sofern die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist. Die Feststellung, ob Gegenseitigkeit gewährleistet wird, entfällt für die in Buchst. e) genannten internationalen Organisationen und Institutionen.

Besteht keine Gegenseitigkeit, so erhalten diese Ausländer für die erste Einreise einen Sichtvermerk von der zuständigen deutschen Auslandsvertretung und für den weiteren Aufenthalt einen Sichtvermerk vom Auswärtigen Amt, der während seiner Gültigkeitsdauer zur mehrfachen Wiedereinreise in den Geltungsbereich des Ausländergesetzes berechtigt. Versäumen Ausländer vor ihrer vorübergehenden Ausreise die Einholung des Sichtvermerks beim Auswärtigen Amt, können sie ihn für eine einmalige Wiedereinreise auch vom Ausland her bei einer deutschen diplomatischen oder berufskonsularischen Auslandsvertretung beantragen und erhalten.

2. Nach § 49 Abs. 2 AuslG bedürfen

- a) die Mitglieder des Geschäftspersonals (Bedienstete des Verwaltungs- oder technischen Personals und Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals) der konsularischen Vertretungen im Geltungsbereich des Ausländergesetzes;
- b) die Familienmitglieder der Konsuln;
- c) die Familienmitglieder des Geschäftspersonals der konsularischen Vertretungen, die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben;

- d) die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Missionen und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder, soweit sie ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes ansässig sind;
- e) die privaten Angestellten von Diplomaten und Mitgliedern des Geschäftspersonals der diplomatischen Missionen, von Konsuln und Mitgliedern des Geschäftspersonals der konsularischen Vertretungen, sofern sie mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben oder in den Diensträumen wohnen,

keiner Aufenthaltserlaubnis, wenn Gegenseitigkeit besteht und die Vertretung diese Personen der zuständigen Ausländerbehörde benennt.

Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, bedürfen sie einer Aufenthaltserlaubnis; die Vorschriften des AuslG und der DVAuslG über die Einreise und den Aufenthalt finden Anwendung.

3. Einer Aufenthaltserlaubnis bedürfen ferner – soweit sie nicht durch besondere Vorschriften davon befreit sind – diejenigen Angehörigen internationaler Organisationen und Institutionen mit ständiger Tätigkeit im Geltungsbereich des Ausländergesetzes, die nicht unter § 49 Abs. 1 AuslG fallen; es gelten die Vorschriften des AuslG und der DVAuslG über die Einreise und den Aufenthalt.

(Keiner Aufenthaltserlaubnis bedürfen Honorarkonsuln (Honorarkonsularbeamte), die im Geltungsbereich des Ausländergesetzes keinen freien Beruf oder eine gewerbliche Tätigkeit ausüben, welche auf persönlichen Gewinn gerichtet ist.

4. Zur internen Verwendung für die mit der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen/Sichtvermerken befaßten Stellen werden die Mitglieder der diplomatischen Missionen, konsularischen Vertretungen und internationalen Organisationen und Institutionen mit ständiger Tätigkeit im Geltungsbereich des Ausländergesetzes in folgende Gruppen eingeteilt:

Gruppe I

Sichtvermerk oder Aufenthaltserlaubnis ist nicht erforderlich.

Gruppe II

Sichtvermerk ist erforderlich; er wird vom Auswärtigen Amt erteilt.

Gruppe III

Aufenthaltserlaubnis ist erforderlich, der Antrag ist der zuständigen Ausländerbehörde einzureichen, die Aufenthaltserlaubnis wird der Vertretung durch die Ausländerbehörde zugestellt.

Soweit Angehörige der Gruppe III gemäß § 5 DVAuslG einer Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks bedürfen, ist dieser vor der ersten Einreise – oder im Falle des Ablaufs einer bereits erteilten Aufenthaltserlaubnis während vorübergehender Abwesenheit vor der Wiedereinreise – bei der zuständigen deutschen Auslandsvertretung zu beantragen.

Das Auswärtige Amt bestimmt, welcher Gruppe die Ausländer zugeteilt werden.

II

Zu den Richtlinien des Auswärtigen Amts gebe ich folgende Erläuterungen:

1. Familienangehörige und Bedienstete (Mitglieder des Privatpersonals) von Konsuln (hauptberuflichen Konsularbeamten), von Mitgliedern des Verwaltungs- und technischen Personals sowie des dienstlichen Hauspersonals einer konsularischen Vertretung, die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben oder in den Diensträumen der konsularischen Vertretung wohnen, bedürfen auch bei Vorliegen der in Abschnitt I Nr. 2 genannten Voraussetzungen (Gegenseitigkeit und Benennung durch die Vertretung) einer Aufenthaltserlaubnis, wenn sie eine private Erwerbstätigkeit ausüben.
2. Der Begriff des Familienangehörigen im Sinne des Abschnitts I Nrn. 1 und 2 richtet sich nach Abschnitt II E meines RdErl. v. 29. 10. 1975 (SMBI. NW. 2106).

III

Mein RdErl. v. 29. 3. 1969 (SMBI. NW. 26) wird aufgehoben.

– MBI. NW. 1976 S. 627.

302

**Überleitung der Kassenaufgaben
der Gerichte für Arbeitssachen
des Landes Nordrhein-Westfalen
von der Arbeitsverwaltung (Arbeitsämter)
auf die Oberjustizkasse und die
Gerichtskasse in Düsseldorf**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 26. 3. 1976 – I B 2 – Arb 7150

Im Einvernehmen mit dem Justizminister wird der Gem.
RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers u. d. Justizministers v.
10. 3. 1954 (SMBL. NW. 302) wie folgt geändert:

Nummer 7 Buchst. a) erhält folgende Fassung:

- „a) für den Ansatz der Gerichtskosten:
die Kostenverfügung (KostVfg) (AV d. Justizministers v.
1. März 1976 – 5607 – I B. 3 – JMBL. NW. S. 61)“
– MBL. NW. 1976 S. 628.

6302

**Auszahlungsanordnungen
über Zuwendungen**

RdErl. d. Finanzministers v. 29. 3. 1976 –
I D 3 – 0079 – 12.1

Anlage

1. Die Landesdienststellen, die der Landeshauptkasse oder den Regierungshauptkassen Auszahlungsanordnungen über Zuwendungen erteilen, haben die Zuwendungsbeträge ab sofort nur noch unter Verwendung von Vordrucken, die dem beiliegenden Muster Nr. 104 b RO entsprechen, zur Auszahlung anzuordnen.
2. Die unter Verwendung des neuen Vordrucks angeordneten Zuwendungsteilbeträge werden in den Kassen nicht als Abschlagsauszahlungen nachgewiesen. Soweit dies bisher geschehen ist, sind die bei den Kassen noch offenstehenden Abschlagsauszahlungen abzurechnen.
3. Für die ordnungsgemäße Abwicklung eines Zuwendungsfalles ist die anordnende Stelle verantwortlich. Zur Wahrung der Übersichtlichkeit und aus Gründen einer geordneten Vorprüfung und Rechnungsprüfung ist in der Zahlungsanordnung anzugeben,
 - a) ob es sich bei dem angeordneten Betrag um den Gesamtbetrag, einen Teilbetrag oder den Restbetrag einer Zuwendung handelt,
 - b) wann und in welcher Höhe die Auszahlung aller vorhergehenden Teilbeträge einer Zuwendung angeordnet worden ist,
 - c) ob der verbleibende Restbetrag später oder nicht mehr ausgezahlt wird und
 - d) wo der Zuwendungsbescheid und der Verwendungsnachweis aufzufinden sind.
4. Der Vordruck ist in seinem oberen Teil so gestaltet, daß mit der Erstellung der Auszahlungsanordnung im Durchschreibeverfahren zugleich ein anhängender Überweisungsträger beschriftet wird. Ich bitte die anordnenden Stellen, sich von den Zuwendungsempfängern auch die zu den Kontoverbindungen gehörenden Bankleitzahlen der Kreditinstitute angeben zu lassen und die Bankleitzahlen in das hierfür vorgesehene Vordruckfeld einzutragen.
5. Wenn die Zuwendungsbeträge in Ausnahmefällen bar ausgezahlt werden sollen, ist ein dem Muster entsprechender Vordruck ohne den anhängenden Überweisungsträger zu verwenden.
6. Im Interesse einer einheitlichen Handhabung in der Landesverwaltung wäre es zu begrüßen, wenn auch die Landesdienststellen, die Zuwendungen über andere als die genannten Kassen auszahlen, ihre Auszahlungsanordnungen nach Absprache mit den für sie zuständigen Kassen unter Verwendung des Vordrucks Nr. 104 b RO – gegebenenfalls auch ohne anhängenden Überweisungsträger – erteilen, soweit die jeweiligen Verfahren der Anordnung und der kassenmäßigen Erledigung von Auszahlungsanordnungen dies zulassen.
7. Die mit „ONRB“, „MLNR“ und „Buchungstag“ bezeichneten Vordruckfelder sind auf das bei den Regierungshauptkassen übliche ADV-unterstützte Buchführungsverfahren abgestellt. In diesem Buchführungsverfahren sind alle Verbuchungsstellen verschlüsselt. Die anordnenden Stellen haben in den an die Regierungshauptkassen zu richtenden Auszahlungsanordnungen über Zuwendungen die von der zuständigen Regierungshauptkasse zu erfragenden Schlüsselnummern in das Feld „ONRB“ einzutragen.
8. Es bestehen keine Bedenken, wenn die Gestaltung der mit „ONRB“, „MLNR“ und „Buchungstag“ bezeichneten Vordruckfelder geringfügig verändert wird. Bei Auszahlungsanordnungen, die an andere Kassen als die Regierungshauptkassen zu richten sind, können diese Felder entfallen. Es bestehen ferner keine Bedenken, wenn die nur in der Kasse auszufüllenden Felder im unteren rechten Teil des Vordrucks den Belangen der Kassen entsprechend anders gestaltet werden.
9. Die Vordrucke mit anhängenden Überweisungsträgern sind unter Einschaltung der Kassen zu beschaffen, damit die auf die einzelne Kasse und auf das von ihr beauftragte Kreditinstitut abgestellten unveränderlichen Angaben den Belangen der Kasse und des Kreditinstitutes entsprechend eingedruckt werden können.
10. Im Einvernehmen mit dem Landesrechnungshof.

Auszahlungsanordnung

ONRB

MLNR

Buchungstag

über Zuwendungen

Haushaltsjahr 19	Empfänger Name, Anschrift			Bankleitzahl
Gesamtbetrag ☐ Teilbetrag ☐ Restbetrag ☐ (Zutreffendes ankreuzen)	Konto-Nr.:	bei: (Sparkasse, Bank, Postscheckamt)		
	Kassenzeichen des Empfängers, Zuwendungszweck			
	Haushaltsüberw.-Liste			
Nr.	Namensz.	Verbuchungsstelle: Kapitel	Titel	
(Gerasterte Fläche ist mit Kohlepapier hinterlegt.)				
DM-Betrag in Buchstaben:		DM/Pf wie oben		
Der Zuwendungsbescheid vom		Az.	liegt bei. ☐	
			wird nachgereicht. ☐	
			Teilbetrag beigelegt. ☐	
		(Zutreffendes rechts ankreuzen)	war der Auszahlungsanordnung über den	
Der bewilligte Gesamtbetrag der Zuwendung beträgt DM				
Bereits ausgezahlte Teilbeträge:				
	Datum	HJ	HÜL-Nr.	
1. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
2. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
3. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
4. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
5. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
6. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
7. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
8. Teilbetrag mit Auszahlungsanordnung vom				 DM
Differenz				 DM
Mit dieser Auszahlungsanordnung werden angewiesen				 DM
Der Restbetrag von				 DM
wird später ausgezahlt. ☐				
wird nicht mehr ausgezahlt. ☐				(Zutreffendes ankreuzen)
Der Verwendungsnachweis ist beigelegt. ☐				
wird nachgereicht. ☐				
bleibt bei der anordnenden Stelle. ☐				(Zutreffendes ankreuzen)
Der angeordnete Betrag ist zu überweisen und, wie angegeben, zu buchen.				
Sachlich richtig ¹⁾		und ¹⁾	Festgestellt	
.....				(anordnende Stelle)
Unterschrift u. Amtsbezeichnung bzw. Vergütungsgruppe				den
				Sachlich richtig ¹⁾
				Im Auftrag
1) Gegebenenfalls streichen				
An die		(Nur in der Kasse auszufüllen)		
.....		Betrag/Verrechnungsscheck erhalten		
(Kasse)				
.....		den		
(Ort)		(Ort)		
(Eingangsstempel der Kasse)		(Unterschrift)		
		Dauervollmacht/Vollmacht liegt bei.		
		Empfänger persönlich bekannt.		
		Personalausweis-Nr.		
		im Giro-Wege ausgezahlt		
		Postscheck-Wege ausgezahlt		
		Durch Verrechnungsscheck Nr.		
				
		(Ort, Datum)		
				
		(Kasse)		
				

8300

Bundesversorgungsgesetz (BVG)**Berücksichtigung von Übergangsgebührrnissen nach § 11 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) bei der Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f BVG**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 18. 3. 1976 – II B 2 – 4083 (16/76)

Ehemalige Soldaten auf Zeit erhalten nach § 11 SVG für einen von der Dauer der Dienstzeit abhängigen Zeitraum monatliche Übergangsgebührrnisse in Höhe von 75 v.H. der zuletzt bezogenen Dienstbezüge, wenn ihr Dienstverhältnis wegen Ablaufs der Zeit oder wegen Dienstunfähigkeit endet. Zu der Frage, ob die Übergangsgebührrnisse nach § 11 SVG zu einer Kürzung des Übergangsgeldes nach §§ 16f und 26a Abs. 2 BVG führen, nehme ich in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wie folgt Stellung:

Als Arbeitseinkommen im Sinne des § 16f Abs. 1 und 2 BVG ist nur das Entgelt anzusehen, das der Rehabilitand während der Rehabilitationsmaßnahmen für Arbeits- und Dienstleistungen erhält. Bei den Übergangsgebührrnissen handelt es sich jedoch nicht um Arbeitsentgelt, sondern um Versorgungsbezüge für eine Dienstleistung, die vor Beginn der Rehabilitationsmaßnahme erbracht wurde und die nur für einen vorübergehenden Zeitraum gewährt werden. Sie sollen die schnellere Eingliederung des länger dienenden Soldaten in das Zivilleben sicherstellen. Deshalb führen die Übergangsgebührrnisse nicht zu einer Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f Abs. 1 und 2 BVG. Die Übergangsgebührrnisse gehören auch nicht zu den Geldleistungen im Sinne des § 16f Abs. 3 Nr. 1 BVG, da sie nicht im Zusammenhang mit der Heil- und Krankenbehandlung oder einer Badekur gewährt werden. Eine Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f Abs. 3 Nr. 2 und 3 BVG kommt gleichfalls nicht in Betracht. Als Rente im Sinne dieser Vorschriften sind nur solche Renten anzusehen, die als Dauerleistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts gewährt werden. Die nur für einen vorübergehenden Zeitraum gewährten Übergangsgebührrnisse erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Eine entsprechende Anwendung der Vorschrift des § 16f Abs. 3 Nr. 2 BVG auf Übergangsgebührrnisse nach dem Soldatenversorgungsgesetz ist nicht möglich, weil die genannten Leistungen ihrem Sinn und Zweck nach nicht vergleichbar sind. Auch entfällt eine Kürzung des Übergangsgeldes in entsprechender Anwendung des § 16f Abs. 3 Nr. 3 BVG, weil die Übergangsgebührrnisse nicht aus demselben Anlaß wie die Maßnahmen zur Rehabilitation gewährt werden. Schließlich kommt eine Kürzung des Übergangsgeldes bei Arbeitsunfähigkeit (§ 16 BVG) oder beruflicher Rehabilitation (§ 26a BVG) auch in entsprechender Anwendung der Vorschrift des § 16f Abs. 3 Nrn. 2 und 3 BVG nicht in Betracht; denn die Übergangsgebührrnisse nach § 11 SVG sind weder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen im Sinne des § 16f Abs. 1 und 2 BVG noch Geldleistungen oder Rente im Sinne des § 16f Abs. 3 BVG.

– MBl. NW. 1976 S. 630.

II.**Innenminister****Öffentliche Sammlungen**

Bek. d. Innenministers v. 26. 3. 1976 –
I C 1/24-12.14

Der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Geschäftsstelle Rheinland, Hansaring 151, 5000 Köln 1, habe ich die Erlaubnis erteilt, in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1976 im Lande Nordrhein-Westfalen öffentliche Haussammlungen durchzuführen. In jedem Ort darf nach Abstimmung mit der örtlichen Ordnungsbehörde nur 14 Tage lang gesammelt werden.

Ausnahmsweise dürfen Jugendliche bei den Haussammlungen bis zum Eintritt der Dunkelheit eingesetzt werden.

– MBl. NW. 1976 S. 630.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales**Liste der nach § 13 Abs. 1 der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ (VBG 121) ermächtigten Ärzte**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 25. 3. 1976 – III A 3 – 8254.6 – (III Nr. 8/76)

Gemäß § 13 Abs. 1 der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ wurden durch den Landesverband Rheinland-Westfalen der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Einvernehmen mit den Staatlichen Gewerbeärzten folgende Ärzte zur Durchführung der Untersuchungen nach den §§ 9 und 10 der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ ermächtigt (in alphabetischer Reihenfolge der Orte):

Stand: 1. 3. 1976

Dr. med. Gerhards
Werksarzt d. Deutschen Philips GmbH
5100 Aachen

Dr. med. Greven
Medizinaldirektor
Facharzt f. Chirurgie
Von-Pastor-Str. 29
5100 Aachen

Dr. med. Nysten
HNO-Facharzt
Peterstr. 73/75
5100 Aachen

Dr. med. Saleh
Betriebsärztin d. Philips-Betriebe
Philipstr.
5100 Aachen

Prof. Dr. med. Schlöndorff
Abt. f. HNO-Krankheiten
d. Med. Fakultät a. d. Rhein.-Westf.
Technischen Hochschule Aachen
Goethestr. 27–29
5100 Aachen

Dr. med. Weitz
Facharzt f. inn. Medizin
Zollernstr. 16
5100 Aachen

Dr. med. Kramer
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Breite Str. 63
5470 Andernach

Dr. med. Lammert
Am Strötchen 17
5770 Arnsberg

Dr. med. Schmitz
Facharzt f. inn. Krankheiten
Kurfürstenstr. 3
5770 Arnsberg

Dr. med. Huhn
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Bahnhofstr. 4
5952 Attendorn

Dr. med. Cremer
Kr.-Obermedizinalrat
Herzogenrather Weg 5
5112 Baesweiler

Dr. med. Pavlovic
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Graf-Salm-Str. 38
5152 Bedburg

Dr. med. Spieker
Facharzt f. Chirurgie
Werksarzt d. Zanders Feinpapiere GmbH
5070 Bergisch Gladbach

Dr. med. Wieland
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Bahnhofstr. 30
4800 Bielefeld

Dr. med. Winkler
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Potsdamer Str. 9
4800 Bielefeld 17

Dr. med. Bengtsson
Facharzt f. inn. Medizin
Arbeitsmedizinisch-sicherheitstechnisches Zentrum
Münsterstr. 11
4290 Bocholt

Dr. med. Apoteker
Werksarzt der Adam-Opel AG
4630 Bochum

Dr. med. Baake
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Kortumstr. 148a
4630 Bochum

Dr. med. Breger
Facharzt f. Hautkrankheiten
Werksarzt der Adam-Opel AG
4630 Bochum

Dr. med. Knieb
Facharzt für Chirurgie
Castroper Str. 228
4630 Bochum

Dr. med. Lucanus
Facharzt f. Lungenkrankheiten
Ltd. Werksarzt der Fried. Krupp Hüttenwerke AG
Bessemerstr. 30
4630 Bochum

Prof. Dr. med. Reichel
Arbeitsmedizin
Klinik d. Med. Abtlg. d. Silikose-
forschungsinstitutes „Bergmannsheil“
Hunscheidtstr. 1
4630 Bochum

Dr. med. Rosenberg
Fachärztin f. Kinderheilkunde
Werksärztin der Adam-Opel AG
4630 Bochum

Dr. med. von der Weiden
Ltd. Werksärztin der Adam-Opel AG
4630 Bochum

Dr. med. Basten
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Simmerner Str.
5407 Boppard

Dr. med. Frenzel
Ltd. Werksärztin des Werksarztzentrums
Borghorst-Burgsteinfurt
Münsterstr. 53
4433 Borghorst

Dr. med. Grüne
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Krankenhaus Maria Hilf
5790 Brilon

Dr. med. Wardemann
Werksarzt der Deutschen BP-AG
Ruhr-Raffinerie
4222 Buchholtswelmen

Dr. med. Roos
Medizinaldirektor
Gesundheitsamt
5568 Daun

Dr. med. Segsneider
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Michel-Reineke-Str. 12
5568 Daun

Dr. med. Rothenbacher
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Rosenstr. 7
6252 Diez

Dr. med. von Kaler
Facharzt f. HNO-Leiden
Am Neutor 26
4220 Dinslaken

Dr. med. Schack
Facharzt f. inn. Medizin
Werksarzt der Bayer AG
Ärztl. Abteilung
4047 Dormagen

Dr. med. Blechschmidt
Werksarzt d. Hoesch Hüttenwerke AG
Kirchderner Str. 47-49
4600 Dortmund

Dr. med. Finis
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Hermannstr. 52
4600 Dortmund-Hörde

Dr. med. Schäfer
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Köln-Berliner Str. 21
4600 Dortmund-Aplerbeck

Dr. med. Ilse Sprenger
Fachärztin f. HNO-Heilkunde
Mallinckrodtstr. 221
4600 Dortmund

Dr. med. Heinz Sprenger
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Mallinckrodtstr. 221
4600 Dortmund

Dr. med. Kaufmann
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Rathausstr. 8
3490 Bad Driburg

Dr. med. Biel
Werksarzt d. Gerresheimer Glashüttenwerke
Heyestraße 99
4000 Düsseldorf-Gerresheim

Dr. med. Dietrich
Facharzt f. inn. Medizin
Henkel & Cie GmbH
4000 Düsseldorf

Dr. med. Hubbes
Facharzt für Chirurgie
Kyffhäuserstr. 27
4000 Düsseldorf

Dr. med. Mann
Facharzt f. HNO-Krankheiten
u. kosmetische Chirurgie
Benrodesstr. 9
4000 Düsseldorf

Dr. med. Mathies
Ltd. Werksarzt d. Henkel & Cie GmbH
4000 Düsseldorf

Dr. med. Mehring
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Jacobistr. 20
4000 Düsseldorf

Dr. med. Neef
Facharzt f. inn. Krankheiten
Werksarzt d. Mannesmannröhren-Werke AG
Ronsdorfer Str. 130-180
4000 Düsseldorf

Dr. med. Petersen
Facharzt f. inn. Krankheiten
Ltd. Werksarzt d. Mannesmannröhren-Werke AG
4000 Düsseldorf-Rath

Dr. med. Wolfgang Richter
Facharzt f. inn. Krankheiten
Henkel & Cie GmbH
4000 Düsseldorf

Dr. med. Rosenberger
Werksarzt d. Stahl- u. Röhrenwerke
Reisholz GmbH
Henkelstr. 209
4000 Düsseldorf

Dr. med. Thielmann
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Händelstr. 39
4000 Düsseldorf

Dr. med. Breuer
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Hans-Bückler-Str. 21
4100 Duisburg 14 (Rheinhausen)

Dr. med. Corsten
Ltd. Werksarzt der DEMAG AG
Werksärztlicher Dienst
Wolfgang-Reuter-Platz
4100 Duisburg

Dr. med. Franke
Facharzt f. Chirurgie
Werksarzt d. Mannesmann AG Hüttenwerke
4100 Duisburg

Dr. med. Jungsbluth
Facharzt f. Chirurgie
Werksarzt d. Thyssen Niederrhein AG
Hütten- u. Walzwerke
Wörthstr. 110
4100 Duisburg

Dr. med. Mihatsch
prakt. Arzt
Essenberger Str. 212
4100 Duisburg

Dr. med. Münnich
Arzt f. Allgemein- und Arbeitsmedizin
Wanheimer Str. 578
4100 Duisburg-Wanheim

Dr. med. Raab
König-Friedrich-Wilhelm-Str. 4
4100 Duisburg-Ruhrort

Dr. med. Rainer
Facharzt f. inn. Krankheiten
Werksarzt der Mannesmann AG
Hüttenwerke
- Gesundheitswesen -
4100 Duisburg

Dr. med. Ruks
Fachärztin f. inn. Krankheiten
Werksärztin der Mannesmann AG
Hüttenwerke
- Gesundheitswesen -
4100 Duisburg

Dr. med. Hütten
HNO-Facharzt
Geistmarkt-Kurze-Str. 4
4240 Emmerich

Dr. med. Beyer
Facharzt für inn. Krankheiten
Joh.-Neumann-Str. 20
5180 Eschweiler

Dr. med. Bunte
Helenenstr. 73-77
4300 Essen

Dr. med. Jötten
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Hufelandstr. 68
4300 Essen

Dr. med. Kellner
Facharzt f. inn. Medizin
Ltd. Werksarzt d. Fried. Krupp GmbH
Helenenstr. 73-77
4300 Essen

Dr. med. Marsch
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Borbecker Str. 133
4300 Essen-Borbeck

Dr. med. D. Peche
Ltd. Werksarzt d. RWE
Dreilindenstr. 69
4300 Essen

Dr. med. Sticherling
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Kurfürstenstr. 12
4300 Essen

Dr. med. Til
Helenenstr. 73-77
4300 Essen

Dr. med. Wilp
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Borbecker Str. 133
4300 Essen-Borbeck

Dr. med. Klüsener
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Ursulinenstr. 17
5350 Euskirchen

Dr. med. Bröschen
Werksarzt d. Walzwerk „Grillo-Funke“ GmbH
Postfach 2329
4650 Gelsenkirchen

Prof. Dr. med. Hettinger
Betriebsarzt d. Rheinstahl AG.
Wanner Str. 120
4650 Gelsenkirchen

Dr. med. Schmidt
Ltd. Werksarzt d. Veba-Chemie AG
Pawiker Str. 30
4650 Gelsenkirchen-Buer

Dr. med. Schumacher
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Bahnhofstr. 75
4650 Gelsenkirchen

Dr. med. Espey
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Friedrich-Ebert-Str. 25
4390 Gladbeck

Dr. med. Keimer
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Friedrich-Ebert-Str. 25
4390 Gladbeck

Dr. med. Kietzmann
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Heerstr. 17
5407 St. Goar

Dr. med. Goy
Facharzt f. inn. Krankheiten
RWE Betriebsverwaltung Frimmersdorf
Postfach 149
4048 Grevenbroich

Dr. med. Prinz
Kr. Ob. Med. Dir. a. D.
Zeisigweg 5
4048 Grevenbroich

Dr. med. Gloede
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Marienfelder Str. 2
4830 Gütersloh

Dr. med. Klingbeil
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Moltkestr. 19
4830 Gütersloh

Dr. med. Drees
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Bergstr. 4
4802 Halle

Dr. med. Plage
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Theodor-Heuss-Platz 13
4700 Hamm

Dr. med. Gronemann
Facharzt f. inn. Krankheiten
Bismarckstr. 23
4320 Hattingen

Dr. med. Becker
Werksarzt d. Enka Glanzstoff AG
5138 Heinsberg 2

Dr. med. Maatz
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Kurfürstenstr. 9a
4900 Herford/Westf.

Dr. med. Schur
Facharzt f. inn. Krankheiten
Ltd. Werksarzt
d. Stahlwerke Südwestfalen AG
Schöntalstr. 4
5930 Hüttental-Geisweid

Dr. med. Reinicke
Werksarzt d. DEMAG Kunststofftechnik
5532 Jünkerath

Dr. med. Hütten
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Große Str. 33
4190 Kleve

Dr. med. Cronemeyer, Facharzt f. inn. Medizin
Werksarzt d. Hoechst AG
5033 Knapsack

Dr. med. Dolfen
Werksarzt d. Hoechst AG
5033 Knapsack

Dr. med. Frentzen
Medizinaldirektor
Gesundheitsamt
5400 Koblenz

Dr. med. Gerhards
Fachärztin f. HNO-Krankheiten
Löhrstr. 139
5400 Koblenz

Prof. Dr. med. Hahlbrock
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Kurfürstenstr. 97
5400 Koblenz

Dr. med. R. Kost
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Am Plan 12
5400 Koblenz

Dr. med. Merbeck
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Rizzastr. 28
5400 Koblenz

Dr. Dr. Althaus
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Goltsteinstr. 140
5000 Köln 51

Dr. med. Hipp
Ford-Werke AG
Henry-Ford-Str.
5000 Köln 60

Dr. med. Huckemann
Werksarzt der Chemische Fabrik Kalk GmbH
5000 Köln

Dr. med. Jacobs
Facharzt f. inn. Krankheiten
Frankfurter Str. 200
Überbetriebliches arbeitsmedizinisches Zentrum
5000 Köln 80

Dr. med. Keutner
Theresienstr. 79
5000 Köln 41

Dr. med. Lucas
Werksarzt
Schmittmannstr. 20
5000 Köln

Dr. med. P. H. Overzier
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Luxemburger Str. 242
5000 Köln

Dr. med. Parent
Werksarzt d. Klöckner-Humboldt Deutz AG
5000 Köln-Deutz

Dr. med. Peters II
Ltd. Arzt der HNO-Abteilung
des Marien-Hospitals
Kunibertuskloster 11
Hohenstaufenring 14
5000 Köln

Dr. med. Schmücker
Werksärztin d.
A. Nattermann & Cie GmbH
5000 Köln

Dr. med. Spelbrink
Facharzt f. Chirurgie
Werksarzt der Klöckner-Humboldt Deutz AG
5000 Köln-Deutz

Dr. med. Esser
Betriebsarzt
Duisburger Str. 145
4150 Krefeld-Uerdingen

Dr. med. Gißke
Werksarzt der Thyssen Edelstahlwerke AG
Werksgesundheitsdienst
Oberschlesienstr. 16
4150 Krefeld

Dr. med. Siemens
Thyssen Edelstahlwerke GmbH
Oberschlesienstr. 16
4150 Krefeld

Dr. med. Urban
Werksarzt d. Bayer AG
Jentgesallee 1
4150 Krefeld-Uerdingen

Dr. med. Wüstefeld
Facharzt f. inn. Krankheiten
Bayer AG
4150 Krefeld-Uerdingen

Dr. med. Behringer
Fachärztin f. HNO-Krankheiten
Salinenstr. 19/23
6550 Bad Kreuznach 1

Dr. med. Kullig
Ltd. Werksarzt d. Michelin Reifenwerke AG
6550 Bad Kreuznach

Dr. med. Diller
Facharzt f. Röntgenologie
Werksarzt
Ärztliche Abteilung Bayerwerk
5090 Leverkusen

Dr. med. Otto Kost
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Mittellöh 3
5460 Linz

Prof. Dr. med. Drabe
Chefarzt d. HNO-Abteilung
Kreiskrankenhaus
Philippstr. 12
5880 Lüdenscheid

Dr. med. Herweg
Werksarzt d. Chem. Werke Hüls AG
4370 Marl

Dr. med. Samson
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Marktstr. 1
5440 Mayen

Dr. med. Flacke
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Kaiserstr. 33
5750 Menden

Dr. med. Everke
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Hünenburgstr. 3a
5778 Meschede

Dr. med. Ladewig
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Manteuffelstr. 1
4950 Minden (Westf.)

Dr. med. Henke
Facharzt f. inn. Krankheiten
Med. Dir.
Hamerhütte 21
4050 Mönchengladbach

Dr. med. Lackner
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Schillerstr. 55
4050 Mönchengladbach

Dr. med. Koch
Ltd. Werksarzt d. Mannesmannröhren-Werke AG
Wiesenstr. 36
4330 Mülheim

Dr. med. Bredow
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Oberregierungsmedizinalklinik
Nordstr. 18
4400 Münster

Dr. med. Kessler
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Kolpingstr. 10
5760 Neheim-Hüsten

Dr. med. Berneburg
Ltd. Betriebsarzt der Firma
International Harvester Company
Industriestr. 49
4040 Neuss

Dr. med. Reipen
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Sebastianusstr. 12
4040 Neuss/Rhein

Dr. med. Kahle
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Bahnhofstr. 8
5450 Neuwied

Dr. med. Schmiedt
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Bahnhofstr. 30
5450 Neuwied

Dr. med. Barge
Facharzt f. Chirurgie
Gutehoffnungshütte Sterkrade AG
4200 Oberhausen

Dr. med. Stelzen
Thyssen-Niederrhein AG
Essener Str. 66
4200 Oberhausen

Dr. med. Püttmann
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Klosterstr. 25
4970 Bad Oeynhausen

Dr. med. Altenburger
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Am Lohtor 12
4350 Recklinghausen

Dr. med. Schröer
Facharzt f. HNO-Leiden
Berliner Str. 28/30
4540 Rheda-Wiedenbrück

Dr. med. Hilsenberg
Facharzt für HNO-Krankheiten
Römerstr. 12
4134 Rheinberg

Dr. med. Rabe
Deutsche Solvay-Werke GmbH
Xantener Str.
4134 Rheinberg

Dr. med. Alber
Facharzt für HNO-Heilkunde
Kreuzstr. 20
4440 Rheine

Dr. med. von Hartz
Werksärztin der Schorch GmbH
Breite Str. 131
4070 Rheyd

Dr. med. Eckel
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Ltd. Arzt d. HNO-Abteilung
des Kreiskrankenhauses
5510 Saarburg

Dr. med. Fend
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Siegstr. 51
5900 Siegen

Dr. med. Schulze-Bahr
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Gartenstr. 26
6540 Simmern

Dr. med. Sonnenberg
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Koblenzer Str. 1
5485 Sinzig

Dr. med. Ense
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Marktstr. 4
4770 Soest

Dr. med. Mees
Werkarztzentrum Steinhagen e. V.
Bahnhofstr. 638
4803 Steinhagen/Westf.

Dr. med. Hoffmann
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Porta-Nigra-Platz 2
5500 Trier

Dr. med. Lieschke
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Christophstr. 8
5500 Trier

Dr. med. Wank
Werkarzt d. Klöckner-Werke AG
Mannstaedt-Werke
5210 Troisdorf

Dr. med. Beginen
Facharzt für HNO-Krankheiten
Hochstr. 3
4060 Viersen 12

Dr. med. Nolte
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Mittelstr. 11
3530 Warburg

Dr. med. Babeck
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Hauptstr. 8
4788 Warstein

Dr. med. Ross
Facharzt für HNO-Heilkunde
Lennestr. 1
5980 Werdohl

Dr. med. Fiebach
Facharzt für HNO-Krankheiten
Paul Gerhardt-Str. 19
4760 Werl/Westf.

Dr. med. Stosberg
Werkarzt der Olefinwerke GmbH
Postfach 31
5047 Wesseling

Dr. med. Wieland
Werkarzt und Vertrauensarzt
Auf dem Radacker
5047 Wesseling

Dr. med. Kraemer
DEMAG Fördertechnik
Postfach 67/87
5802 Wetter (Ruhr)

Dr. med. Speitel
Facharzt für HNO-Heilkunde
Märkische Str. 29
5802 Wetter (Ruhr)

Dr. med. Voltz
Facharzt für inn. Krankheiten
Edelstahlwerk Witten AG
5810 Witten

Dr. med. Ackermann
Gruitenstr. 220
5600 Wuppertal

Dr. med. Kollert
Werkarzt d. Bayer AG
Friedrich-Ebert-Str. 332
5600 Wuppertal-Elberfeld

Dr. med. Lembcke
Facharzt für HNO-Krankheiten
Untergrünwalder Str. 30
5600 Wuppertal-Elberfeld

Dr. med. Weinberg
Facharzt für HNO-Krankheiten
Schuchardstr. 18
5600 Wuppertal-Barmen

Dr. med. Mirsberger
Facharzt f. HNO-Krankheiten
5538 Zell

Hinweis:

Nach Abschluß weiterer Ermächtigungsverfahren werden auch diese Ärzte in die vorstehende Liste aufgenommen.

– MBl. NW. 1976 S. 630.

Justizminister

Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Oberlandesgerichts Hamm

Bek. d. Justizministers v. 19. 3. 1976 –
5413 E – I B. 123

Bei dem Oberlandesgericht Hamm ist der nachstehend näher bezeichnete Dienststempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen in Verlust geraten.

Der Stempel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Stempels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung, bitte ich unmittelbar dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamm mitzuteilen.

Beschreibung des Dienststempels

Gummistempel
Durchmesser: 34 mm
Umschrift: Oberlandesgericht Hamm
Kenn-Nr.: 45

– MBl. NW. 1976 S. 635.

Personalveränderungen

Ministerpräsident

Es ist ernannt worden:

Oberamtsrat D. Hochhausen zum Regierungsrat

Es ist versetzt worden:

Ministerialrat Dr. L. Thilo zum Regierungspräsident Köln

– MBl. NW. 1976 S. 635.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerium

Es sind ernannt worden:

Die Regierungsdirektoren

Dipl.-Ing. Dr. Ing. S. Wiesner

Dipl.-Ing. E. Kunstein

W. Wenning

zu Ministerialräten

Oberregierungsrat H. Siebel zum Regierungsdirektor

Regierungsrat J. Fadler zum Oberregierungsrat

Regierungsrat z. A. Diplom-Physiker Dr. rer. nat. E. Kugler unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Regierungsrat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Ministerialdirigent Dr. L. Landsberg

Ministerialrat H. Christian

Nachgeordnete Dienststellen**Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit**

Es sind ernannt worden:

Richter am Sozialgericht F.-J. Hoffmann, Sozialgericht Köln, zum Richter am Sozialgericht als ständiger Vertreter des Präsidenten beim Sozialgericht Düsseldorf

Richter am Arbeitsgericht J. Baingo, Arbeitsgericht Solingen, zum Richter am Arbeitsgericht als aufsichtsführender Richter beim Arbeitsgericht Wuppertal

Richter W. Kinold zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Essen

Richter K.-W. Schröder zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Herne

Richter E.-W. Rietschel zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Duisburg

Richter D. Besgen zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Bonn

Richter K. Pape zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Düsseldorf

Richterin U. Frey zur Richterin am Sozialgericht beim Sozialgericht Dortmund

Richter A. Benszuweit zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Dortmund

Richter am Sozialgericht B. Achenbach, Sozialgericht Duisburg, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Sozialgericht G. Gadek, Sozialgericht Düsseldorf, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richterin am Sozialgericht I. Jacobi, Sozialgericht Duisburg, zur Richterin am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richterin am Sozialgericht R. Jaeger, Sozialgericht Düsseldorf, zur Richterin am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Sozialgericht U. Meierkamp, Sozialgericht Dortmund, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter kraft Auftrags – Oberregierungsrat – H. Wegener zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Duisburg

Richter am Arbeitsgericht H. Wasserfuhr, Arbeitsgericht Münster, zum Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht bei dem Landesarbeitsgericht Hamm

Richter am Arbeitsgericht Th. Dierdorf, Arbeitsgericht Krefeld, zum Richter am Arbeitsgericht als aufsichtsführender Richter bei dem Arbeitsgericht Solingen

Richter G. Heienbrock zum Richter am Arbeitsgericht bei dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen

Es sind versetzt worden:

Richter am Sozialgericht R. vom Felde vom Sozialgericht Düsseldorf an das Sozialgericht Köln

Richter am Sozialgericht K. Greven vom Sozialgericht Duisburg an das Sozialgericht Köln

Richterin am Landessozialgericht Dr. A. Schafft-Stege-mann vom Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an das Schleswig-Holsteinische Landessozialgericht in Schleswig

Richter am Arbeitsgericht A. Funke vom Arbeitsgericht Essen an das Arbeitsgericht Krefeld

Es sind in den Ruhestand getreten:

Richter am Sozialgericht E. Hohmann, Sozialgericht Dortmund

Richter am Arbeitsgericht Dr. E. Zielke, Sozialgericht Köln

Richter am Arbeitsgericht Dr. K. Gerstenberg, Arbeitsgericht Düsseldorf

Es ist verstorben:

Richter am Sozialgericht M. Peter, Sozialgericht Köln

Es ist ausgeschieden:

Richter am Arbeitsgericht Dr. F. Jobs, Arbeitsgericht Hamm, infolge Übertritt in den Bundesdienst

Gewerbeaufsichtsverwaltung

Es sind ernannt worden:

Regierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. E. Kottmann – StGAA Dortmund – zum Oberregierungsgewerbeberater

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. D. Krüner, Regierungspräsident Münster, zum Regierungsgewerbebedirektor

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. W. Parzentny – StGAA Minden – zum Regierungsgewerbebedirektor

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. H. Mattenklodt – StGAA Soest – zum Regierungsgewerbebedirektor

Regierungsgewerbebedirektor F. Weßling, Regierungspräsident Münster, zum Ltd. Regierungsgewerbebedirektor beim StGAA Recklinghausen

Regierungsgewerbeberater H.-J. Helmstedt – StGAA Solingen – zum Oberregierungsgewerbeberater

Regierungsgewerbeberater H.-H. Siepmann – StGAA Minden – zum Oberregierungsgewerbeberater

Regierungsgewerbeberater H. Schlichting – StGAA Minden – zum Oberregierungsgewerbeberater

Regierungsgewerbeberater H. J. Stöcker – StGAA Krefeld – zum Oberregierungsgewerbeberater

Regierungsgewerbeberater M. Finken – StGAA Recklinghausen – zum Oberregierungsgewerbeberater

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. H. Frölich – StGAA Hagen – zum Regierungsgewerbebedirektor

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. P. Leding – StGAA Essen – zum Regierungsgewerbebedirektor

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. M. Giese – StGAA Mönchengladbach – zum Regierungsgewerbebedirektor

Regierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. R. Krause – StGAA Recklinghausen – zum Oberregierungsgewerbeberater

Regierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. W. Schmitz – StGAA Coesfeld – zum Oberregierungsgewerbeberater

Regierungsgewerbeberater z. A. Dipl.-Ing. B. Rüther – StGAA Dortmund – zum Regierungsgewerbeberater

Gewerbereferendar Dipl.-Ing. R. Linnenkamp – StGAA Aachen – zum Regierungsgewerbeberater z. A.

Gewerbereferendar Dipl.-Ing. U. Becker – StGAA Düsseldorf – zum Regierungsgewerbeberater z. A.

Gewerbereferendar Dipl.-Ing. U. Steffen – StGAA Bielefeld – zum Regierungsgewerbeberater z. A.

Gewerbereferendarin G. Fodor – StGAA Düsseldorf – zur Regierungsgewerbeberaterin z. A.

Regierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. B. Kayser – Regierungspräsident Arnsberg – zum Oberregierungsgewerbeberater

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. K. Stute – StGAA Solingen – zum Regierungsgewerbebedirektor

Es sind versetzt worden:

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. D. Krüner vom StGAA Hagen zum Regierungspräsidenten Münster

Oberregierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. W. Parzentny vom Regierungspräsidenten Detmold an das StGAA Minden

Regierungsgewerbeberater B. Deuster vom StGAA Köln zum Regierungspräsidenten Köln

Regierungsgewerbeberater E. Pretzell vom StGAA Mönchengladbach zur Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsgewerbeberater R. Tyll vom StGAA Dortmund an das StGAA Krefeld

Regierungsgewerberat Dipl.-Phys. H. Wollny vom StGAA Dortmund an die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. A. Herzogenrath vom Regierungspräsidenten Köln an die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Es sind verstorben:

Gewerbemedizinalklinik Dr. M. Soffke – Staatlicher Gewerbearzt Düsseldorf –

Regierungsgewerbedirektor Dr. W. Swegat – StGAA Essen –
Oberregierungsgewerberat Dipl.-Chem. K. Richter – StGAA Köln –

Versorgungsverwaltung

Es sind ernannt worden:

Regierungsmedizinalklinik Dr. Dr. Süßbier, Versorgungsamt Düsseldorf, zum Leitenden Regierungsmedizinalklinik
Regierungsdirektor G. Herrmann, Versorgungsamt Bielefeld, zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsmedizinalklinik Dr. H. Paus, Versorgungsamt Münster, zum Regierungsmedizinalklinik

Oberregierungsmedizinalklinik Dr. H. Wette, Versorgungsamt Bielefeld, zum Regierungsmedizinalklinik

Oberregierungsmedizinalklinik Dr. A. O. Bredow, Versorgungsärztliche Untersuchungsstelle Münster, zum Regierungsmedizinalklinik

Oberregierungsmedizinalklinik Dr. J. Boguth, Versorgungsamt Gelsenkirchen, zum Regierungsmedizinalklinik

Oberregierungsmedizinalklinik Dr. P. P. von Wnuck-Lipinski, Orthopädische Versorgungsstelle Köln, zum Regierungsmedizinalklinik

Regierungsmedizinalklinik Dr. E. Chr. Maschinsky, Versorgungsamt Wuppertal, zur Oberregierungsmedizinalklinik

Oberregierungsrat A. Schulte, Versorgungsamt Bielefeld, zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. K. Keßel, Versorgungsamt Duisburg, zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. W. Winter, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Regierungsdirektor

Regierungsrat A. Weber, Versorgungsamt Köln, zum Oberregierungsrat

Regierungsoberrat J. Wolff, Rechnungsamt des Landesversorgungsamtes Nordrhein-Westfalen, zum Regierungsrat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Ltd. Regierungsdirektor J. Heilmann, Leiter des Versorgungsamtes Bielefeld

Ltd. Regierungsmedizinalklinik Dr. H. Ehrlich, Leiter der Orthopädischen Versorgungsstelle Bielefeld

Regierungsmedizinalklinik Dr. S. Senger, Orthopädische Versorgungsstelle Dortmund

Regierungsmedizinalklinik Dr. E. Schwarz, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen

Gesundheitsverwaltung

Regierungsmedizinalklinik Prof. Dr. O. Nacke, Institut für Dokumentation des öffentlichen Gesundheitswesens Nordrhein-Westfalen, Bielefeld, zum Ltd. Regierungsmedizinalklinik

Regierungsmedizinalklinik Dr. G. Koblenz, Regierungspräsident Detmold, zum Ltd. Regierungsmedizinalklinik

Regierungsmedizinalklinik z. A. Dr. H. M. Mertens, Staatsbad Oeynhausen, Gollwitzer-Meier-Institut, zum Regierungsmedizinalklinik

Oberregierungsmedizinalklinik z. A. Dr. I. Just, Landesimpfanzstalt Düsseldorf, zum Oberregierungsmedizinalklinik

Oberregierungschemikerin Dr. M. Meyer, Chemisches Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, Münster, zur Regierungspharmaziedirektorin

Regierungschemiker Dr. H.-A. Meemken, Chemisches Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, Münster, zum Oberregierungschemiker

Regierungschemiker z. A. Dr. H. Büning-Pfaue, Chemisches Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, Münster, zum Regierungschemiker

Es ist in den Ruhestand getreten:

Ltd. Regierungsmedizinalklinik Dr. A. Lange, Regierungspräsident Detmold

Es ist ausgeschieden:

Regierungsmedizinalklinik Dr. I. Koberg, Landesimpfanzstalt Düsseldorf

Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Es sind ernannt worden:

Regierungsgewerbedirektor H.-O. Weber zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsrat S. Külske zum Regierungsdirektor

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. A. Herzogenrath zum Regierungsgewerbedirektor

Regierungsgewerberat Dipl.-Phys. H. Wollny zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsrat z. A. Dr. A. Junker zum Regierungsrat

– MBl. NW. 1976 S. 635.

Justizminister**Stellenausschreibung
für das Finanzgericht Düsseldorf**

- Es wird Bewerbungen entgegengesehen um
- 2 Stellen eines Vorsitzenden Richters am Finanzgericht
bei dem Finanzgericht Düsseldorf,
 - 6 Stellen eines Richters am Finanzgericht
bei dem Finanzgericht Düsseldorf.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen.

Bewerber um die Stelle eines Richters am Finanzgericht müssen die Befähigung zum Richteramt (§ 9 DRiG) besitzen. Sie sollen über möglichst mehrjährige Erfahrung in der Finanzverwaltung verfügen. Bei Bewährung – zunächst im Richterverhältnis kraft Auftrags – kann in der Regel nach einem Jahr mit der Übernahme in das Richterverhältnis auf Lebenszeit gerechnet werden.

– MBL NW. 1976 S. 638.

**Stellenausschreibung
für das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen**

- Es wird Bewerbungen entgegengesehen um
- 1 Stelle eines Vorsitzenden Richters am Verwaltungsgericht
bei dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen. Bewerber, die nicht bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes beschäftigt sind, reichen das an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen zu richtende Gesuch bei dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster ein.

– MBL NW. 1976 S. 638.

Einzelpreis dieser Nummer 2,80 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.